

Ratsreport – März 2025

Baumschutz geht auch ohne Satzung



Die Axt sollte nur im Notfall angelegt werden. Eine Satzung zum Baumschutz hält die Fraktion jedoch für überflüssig.

Freiwillige Grünpflege statt Zwang lautet die Devise der CDU-Fraktion im Hinblick auf die geplante Baumschutzsatzung für die Stadt Oldenburg. Der Entwurf hierzu wurde mit Stimmen der Mehrheitsfraktionen von Grünen und SPD im Umweltausschuss auf den Weg gebracht. „Eine solche Satzung ist der falsche Weg und ein unverhältnismäßiger Eingriff ins Privateigentum“, kritisiert Ratsfrau Barbara Woltmann. Die Bedeutung von Bäumen und Stadtgrün ist auch für die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion gerade im Hinblick auf die angestrebte

Klimaneutralität unstrittig. „Das Ziel kann aber auch ohne Satzung erreicht werden“, setzt Woltmann auf Freiwilligkeit. Aus dem Grund hat die CDU-Fraktion ein Förderprogramm Baumerhaltungspflege vorgeschlagen.



Auch die Stadt tritt hin und wieder als „Holzfäller“ in Aktion. Bilder: CDU-Fraktion

Ziel ist es, freiwillige Anreize für Privateigentümer zu schaffen, die Bäume auf ihren Grundstücken zu erhalten. Das Programm könnte Teil der geplanten Baumerhaltungsstrategie sein, die aus Sicht der Fraktion – bis auf die Satzung – sinnvoll ist. Es soll Beratungsleistungen und eine finanzielle Förderung umfassen. „Oldenburg ist eine Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger ihr Grün auch ohne Vorschriften und Verbote schützen. Man darf nicht gleich die Keule schwingen und mit

Ausgleichspflanzungen oder Zahlungen drohen“, betont Woltmann. Schließlich trete auch die Stadt häufig als „Holzfäller“ in Aktion. Das sei zum Beispiel bei Baustellen oft unvermeidlich, müsse in der Diskussion aber ebenfalls berücksichtigt werden. Die Satzung soll im Spätsommer verabschiedet werden. „Wir werden das Thema weiter begleiten und auch Gespräche mit den Bürgervereinen führen, die das ebenfalls kritisch sehen“, kündigt Woltmann an.

Hochwasserschutz: Fraktion fragt nach



Land unter herrschte im Vorjahr auch im Oldenburger Süden. Bild: Pixaby

Sprichwörtlich hohe Wellen hat eine Anfrage der Fraktion zur Hochwasserprävention geschlagen. In Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirk 5 (Südost) wurde ein Fragenkatalog für den Umweltausschuss formuliert, der auch auf ein beachtliches mediales Echo gestoßen ist. Auslöser der Initiative war die Flut zum Jahreswechsel 2023/24, die den Stadtsüden besonders hart getroffen hatte. Das Ereignis hat nochmal deutlich für die Gefahr sensibilisiert. „Somit hat auch die Verwaltung bereits einiges auf den Weg gebracht, um den Hochwasserschutz auszubauen und anzupassen“,

sagt Ratsfrau Barbara Woltmann. Dabei gehe es vor allem um die Anschaffung mobiler Deiche, den Aufbau einer Sandsacklogistik und eine umfassende Kooperation mit Nachbargemeinden und Hilfsorganisationen. „Auch eine regelmäßige Information und Sensibilisierung der Bürger ist erforderlich, um das Thema in der Öffentlichkeit wach zu halten“, begründet der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak die CDU-Initiative. Die Verwaltung hat daraufhin zugesagt, regelmäßig in Rat und Umweltausschuss über die Hochwasserprävention zu informieren.

Mit „Markttaste“ zum Kurzeinkauf

2



Für nur einen Euro Parkgebühr zum Wochenmarkt: Mit diesem Vorschlag möchte die CDU-Fraktion den Einkauf an allen Marktstandorten attraktiver machen. Bilder: CDU-Fraktion

Ein Euro für die erste Stunde: Mit einem reduzierten Parktarif möchte die CDU-Fraktion den Marktbesuch in Oldenburg attraktiver gestalten. „Das gilt ausdrücklich für alle Wochenmärkte in der Innenstadt und den Stadtteilen“, betont der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak.

Mit ihrem Antrag für Verkehrsausschuss und Rat hat die Fraktion auf einen Vorschlag der SPD reagiert. Dieser sieht die „Einführung vergünstigter Parkgebühren am Pferdemarkt zu Marktzeiten“ vor. „Das ist grundsätzlich eine gute Idee, die uns aber nicht weit genug geht. Denn sie berücksichtigt nur die Händler am Pferdemarkt“, begründet Baak. Aus Gründen der Gleichbehandlung und Fairness muss der Spartarif nach CDU-Auffassung jedoch für alle Märkte gelten. Zum Beispiel für die Stellplätze nahe Rathausmarkt und in den Stadtteilen.

Vorbild ist die frühere „Brötchentaste“, die einst an ausgewählten Orten eine Viertelstunde kostenloses Parken ermöglichte. Analog hierzu könne die neue „Markttaste“ mit dem Ein-

Euro-Ticket für die erste Stunde eingeführt werden. „Vor allem viele ältere Kunden sind bei ihrem Einkauf auf das Auto angewiesen. Günstigere Parkscheine verbessern die Erreichbarkeit und erhöhen somit die Attraktivität der Wochenmärkte“, sagt die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann.

Den SPD-Vorschlag zur Ausdehnung des Spartarifs auf zwei Stunden unterstützt die CDU hingegen nicht, wie Baak ausführt: „Das wird der Sache nicht gerecht. Es ist zudem ein weiterer Versuch der SPD, die von ihr selbst gemeinsam mit den Grünen drastisch erhöhten Parkgebühren durch die Hintertür wieder einzufangen.“

Edith-Russ-Haus: Umbenennung rechtlich zweifelhaft



Wird umbenannt: Das Edith-Russ-Haus in der Katharinenstraße. Bild: Stadt Oldenburg

Ihr Nein zur Umbenennung des Edith-Russ-Hauses für Medienkunst hat die CDU-Fraktion Oldenburg in der Februar-Sitzung des Rates bekräftigt. „Es muss ein konstruktiver Umgang mit der Vergangenheit gefunden werden. Der Einrichtung einen neuen Namen zu geben, das Erbe der Stifterin aber gleichzeitig behalten zu wollen, ist moralisch verwerflich und rechtlich zweifelhaft“, begründet die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann das Votum.

„Statt Namen aus der Erinnerung zu tilgen, sollten wir die Möglichkeit nutzen, Geschichte kritisch zu reflektieren, um aus ihr zu lernen“, fordert Niewerth-Baumann: „Das geht nur, wenn man sich ihr stellt.“ Die CDU schlägt daher vor, die Biografie der Stifterin mit all ihren Aspekten im weiterhin nach ihr benannten Medienhaus zur Diskussion zu stellen.

Im Hinblick auf das Stiftungsrecht vermutet die Fraktion, dass die Umbenennung einer juristischen Überprüfung womöglich nicht standhält. Letztlich sprach sich die Ratsmehrheit aus Grünen und SPD jedoch für die Umbenennung in „Haus für Medienkunst Oldenburg“ aus.

Resolution

Einig war sich der Rat hingegen, was den Verbleib des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte im östlichen Europa (BKGE) betrifft. Die Fraktion hat sich an einer gemeinsamen Resolution gegen eine mögliche Verlegung der Einrichtung nach Berlin beteiligt. Den Umzug hatte die Bundes-CDU in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

„Diese Pläne lehnen wir entschieden ab“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Awerbeck: „Oldenburg hat sich über vier Jahrzehnte als Standort des Instituts bewährt. Das BKGE leistet in Zusammenarbeit mit der Universität hervorragende Arbeit und muss in der Stadt bleiben.“

Neue Dezernenten: Fraktion gratuliert



Blumen und nette Worte: Dr. Esther Niewerth-Baumann und Christoph Baak gratulierten Jan Bembenek (Bild links) und Holger Denckmann zur Wahl. Bilder: CDU-Fraktion

Gleich zwei neue Dezernenten treten am 1. Juni ihren Dienst bei der Stadt Oldenburg an. Bei der Wahl in der Ratssitzung am 24. Februar erhielten Holger Denckmann (41) und Jan Bembenek (44) die erforderliche Mehrheit. Denckmann ist in Oldenburg kein Unbekannter, da er zehn Jahre die städtische Musikschule leitete. Künftig steht er an der Spitze des neu zugeschnittenen Dezernats für Schule, Sport, Kultur und Gebäudewirtschaft. Bembenek kommt aus der Bremer Senatsverwaltung und leitet ab Sommer das Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit. „Wir wünschen beiden einen guten Start und eine glückliche Hand für ihre herausfordernden Aufgaben“, gratulierten Dr. Esther Niewerth-Baumann und Christoph Baak im Namen der CDU-Fraktion zur Wahl.

4



Bild: Pixabay

Die CDU-Fraktion wünscht einen entspannten Start ins Frühjahr und eine schöne Osterzeit!